

Handfeste Wirtschaftsinteressen

Bürgerliche Befürworter der Energiestrategie arbeiten in Branchen, die profitieren könnten

Von Dominik Feusi, Bern

«Geld bleibt hier» ist der Slogan der Befürworter der Energiestrategie 2050. Der Spruch ist unfreiwillig ehrlich. Insbesondere die bürgerlichen Aushängeschilder der Kampagne sind Politiker mit wirtschaftlichen Interessen an der Energiestrategie. Es geht ihnen um Geld für ihre Unternehmen.

14 Personen sind gemeinsam Co-Präsidenten des Ja-Komitees. Sieben dieser Politiker stammen aus FDP, CVP und BDP. Ein Blick in ihre öffentlich zugänglichen Interessenbindungen zeigt: Sie sind Verwaltungsräte und Vorstandsmitglieder in Firmen und Vereinen, die direkt von der Energiestrategie 2050 profitieren werden. Die Gegner werfen den Befürwortern deshalb vor, dass sie «gekauft» seien.

Das Energiegesetz enthält nicht nur Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien wie Wind- und Solaranlagen, sondern erhöht auch die Beiträge für Gebäudesanierungen um 50 Prozent, was 150 Millionen Franken pro Jahr entspricht. Es ist erklärtes Ziel der Gewerbevertreter, dass die Energiestrategie Gebäudesanierungen auslöst.

Direkter und indirekter Nutzen

So ein Interessenvertreter ist beispielsweise Yannick Buttet, Walliser CVP-Nationalrat. Er ist Verwaltungsrat eines Strom- und Wärmelieferanten sowie von zwei Firmen im Baunebenberwerb im Unterwallis. Alle drei Unternehmen können sich zusätzliche Aufträge erhoffen, wenn die Subventionen mit der Energiestrategie erhöht und damit mehr Projekte bewilligt werden können als bisher. Buttet ist auch im Beirat des Verbandes der Schweizerischen Elektroinstallationsfirmen. Diese Branche dürfte mit der Energiestrategie mehr Aufträge erhalten. Buttet sagt auf Anfrage, das treffe nicht zu, die drei Unternehmen würden von der Energiestrategie nicht profitieren, weil sie in anderen Bereichen tätig seien.

Der Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl, ebenfalls im Präsidium der



Mehr Bewilligungen. Yannick Buttet, Unterwalliser CVP-Nationalrat.



Geld für Wasserkraft. Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl.



Neue Aufträge. Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger. Fotos Keystone

Kampagne, ist Präsident der Kraftwerke Oberhasli AG, welche vor allem die Stauseen im Grimselgebiet im Kanton Bern betreibt. Das Unternehmen gehört zu einem Sechstel den Basler IWB. Die Firma profitiert mit der Energiestrategie von Subventionen und Investitionsbeihilfen.

Die Waadtländer FDP-Nationalrätin Isabelle Moret wiederum ist Verwaltungsrätin der Netzgesellschaft Swissgrid, die wegen der Energiestrategie mit Geld für den Ausbau des Stromnetzes rechnen kann. «Swissgrid möchte zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 beitragen», heisst es denn auch auf der Webseite offiziell. Ihr Parteikollege Ruedi Noser ist mit seiner Ingenieursfirma Mitglied bei Digitalstrom, einem Anbieter von Haussteuerungen, die mit der Energiestrategie wichtig werden, damit Strom effizienter eingesetzt wird. «Einen direkten Nutzen davon hat meine Firma nicht», sagt Noser. «Ich bin vielmehr von der Sache selber überzeugt.» Noser diplomierte einst zum Thema Solarstrom. «Aber Geld verdient habe ich damit noch nie.»

Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger präsidiert gleich drei Haus-

technik- und Elektrounternehmen in der Region Luzern und er ist zudem Chef einer Spenglerei, die mit Bedachungen Geld verdient und Energieberatungen durchführt. Alle diese Firmen können sich durch die Energiestrategie Aufträge erhoffen. Schilliger ist zudem Vizepräsident im Lobby-Verband für Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen. Und er ist Delegierter im Schweizer Gebäudetechnik-Verband. «Die Massnahmen des Energiegesetzes lösen sicher Aufträge aus», sagt Schilliger auf Anfrage. Aber das sei nicht der Hauptgrund für seine Zustimmung. Ihm gehe es darum, dass ab 2023 das heutige Subventionsmodell abgelöst wird. Ob mit Lenkungsabgaben oder mit weiteren Subventionen ist allerdings unklar.

Es gibt auch Überzeugungstäter

Aufseiten von SP und Grünen gibt es diese Verknüpfungen mit profitierenden Unternehmen ebenso. Der Baselbieter SP-Nationalrat Eric Nussbaumer steht der Willy Gysin AG in Liestal vor, einem auf Fotovoltaik spezialisierten Elektroinstallationsunternehmen, sowie dem Stromlieferanten Adev. Nussbaumer bestätigt auf Anfrage, dass die Adev von

der Energiestrategie profitieren werde. «Das gilt allerdings nur für die Aktionäre der Adev und nicht für mich», so Nussbaumer. Die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer Wyss ist mehrfache Verwaltungsrätin in der Herzog Kull Group und deren Tochterfirmen, die schweizweit Elektro- und Gebäudetechnik verkaufen und mit Aufträgen rechnen können. Der Grünliberale Martin Bäumle (ZH) ist Verwaltungsrat von zwei Strom- und Gaslieferanten in der Region Zürich. Gleichzeitig sitzt er im Beirat der Energiedienst Holding AG in Laufenburg, die nach eigenen Worten «100 Jahre Erfahrung in der Produktion, Verteilung und dem Vertrieb von Ökostrom» hat.

Daneben gibt es im Komitee für die Energiestrategie auch Überzeugungstäter ohne direkte wirtschaftliche Interessen zu Mandaten, beispielsweise die Grüne Adèle Thorens aus der Waadt, die keine Verbindung zu einem Unternehmen hat, das von der Energiestrategie profitieren könnte. Ein anderes Beispiel ist der Solothurner CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. Der Biologe gehört zu den Befürwortern der ersten Stunde.

Fake News auf SRF Ökonomen gegen Energiestrategie

Von Dominik Feusi, Bern

Eine Befragung von 400 Ökonomen in der Schweiz hat ergeben, dass die Mehrheit die Energiestrategie ablehnt. Das geht aus einer Umfrage hervor, welche die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich im Auftrag von SRF durchgeführt hat. Nur hat SRF das Resultat ganz anders dargestellt.

«Schweizer Ökonomen fordern mehr Staatseingriffe», verkündete das Staatsfernsehen. Das ist erstens falsch, weil von 433 Befragten nur gerade 98 überhaupt geantwortet haben und deshalb ein Rückschluss auf die «Schweizer Ökonomen» gar nicht zulässig ist. Wer die Befragung genauer anschaut, stösst auf den zweiten Fehler: Denn die antwortenden Ökonomen befürworten nicht einfach irgendwelche «Staatseingriffe». 60 der 433 befragten Ökonomen, rund 60 Prozent derer, die geantwortet haben, wollen den Energieverbrauch senken und die Erneuerbaren fördern. Und auf die Frage, ob das mittels Vorschriften, Subventionen oder Steuererleichterungen zu geschehen habe, werden die ersten beiden Möglichkeiten mit 62 bis 74 Prozent Nein deutlich abgelehnt. Nur Steuererleichterungen finden die antwortenden Ökonomen mit fast 88 Prozent Zustimmung gut.

Das ist aber der kleinere Teil der Energiestrategie 2050, die vor allem auf Subventionen und Regulierungen setzt – also genau auf das, was die antwortenden Ökonomen ablehnen. Man hätte die Befragung also ebenso gut – wie im Titel dieses Artikels – als Misstrauensvotum gegenüber der Energiestrategie auslegen können. Falscher als die Darstellung von SRF wäre das nicht gewesen.

Auf Anfrage teilte die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich mit, für die Interpretationen der Befragung sei man nicht verantwortlich, sondern SRF. Die KOF ist seit bald achtzig Jahren eine der renommiertesten Forschungsstellen für volkswirtschaftliche Fragen. Bis vor Kurzem hätte sie derartige Fake News mit ihrer Arbeit und ihrem Namen nicht toleriert.

Grosser Rat vereidigt Politiker trotz Betrugsverdacht

In den Oberwalliser Gemeinden Brig, Naters und Visp kam es zu Unregelmässigkeiten bei den Wahlen

Sitten. Der Walliser Grosse Rat hat gestern trotz dem Verdacht auf Wahlbetrug die Wahlresultate von Parlament und Regierung validiert. Die Neugewählten wurden vereidigt. Die SVP behielt sich den Gang ans Bundesgericht vor.

Die SVP hatte gestern zu Beginn der konstituierenden Sitzung des Grossen Rates einen Ordnungsantrag deponiert, um die Vereidigung der neuen Regierung zu vertagen. Sie reagierte damit auf die letzte Woche bekannt gewordenen Fälle von mutmasslichem Wahlbetrug in Brig, Naters und Visp. «Der künftige Staatsrat kann nicht legitimiert werden, bis nicht Licht in den Fall gekommen ist», so SVP-Fraktionschef Grégory Logean. Er sprach von «systematischem Wahlbetrug».

Der Grosse Rat lehnte den Ordnungsantrag der SVP nach einer rund einstündigen Debatte mit 106 gegen 22 Stimmen deutlich ab. Auf Vorschlag der Validierungskommission wurde mit 105 zu 23 Stimmen auch die Beschwerde der SVP gegen die Resultate des zweiten Wahlgangs zu den Mitgliedern des Staatsrates abgeschmettert. Die Validierungskommission verurteilte die Unregelmässigkeiten. Sie erwartete von der Justiz, dass diese die Fälle schonungslos aufkläre, so Kommissionspräsidentin Madeline Heiniger (SP). Trotzdem empfahl die Kommission, die Wahlresultate zu validieren.

Weniger als hundert Fälle

Die Gemeinden Brig und Naters hatten letzte Woche zwei Klagen wegen Wahlbetrugs gegen unbekannt eingereicht. Sie hatten Unregelmässigkeiten festgestellt, als Bürger im Wahllokal ihre Stimme abgeben wollten, jedoch angaben, dass sie keine Wahlunterlagen erhalten hatten. Bei einer Überprüfung durch die Gemeinden mussten die Betroffenen feststellen, dass in ihrem



Neu gewählt. Die Stadträte Frédéric Favre (FDP, l.), Christophe Darbellay (CVP, M.) und Roberto Schmid (CVP, r.). Foto Keystone

Namen bereits abgestimmt worden war. Die SVP Unterwallis reichte am Freitag bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen die Resultate des zweiten Wahlgangs der Staatsratswahlen ein.

In Naters wurden sechs Wahlzettel gefälscht, in Brig rund 50 und in Visp deren acht, wie die Validierungskommission gestern resümierte. Zurzeit seien keine weiteren Fälle gemeldet worden. Es gebe auch keinerlei Indizien, dass weitere Gemeinden betroffen sein könnten. Insgesamt entsprechen die Unregelmässigkeiten weniger als 0,05 Prozent der Wählenden. Gemäss

aktueller Praxis des Bundesgerichts seien diese Unregelmässigkeiten weder erheblich noch ausschlaggebend für das Resultat. Um die Wahlen für ungültig zu erklären, müsste die Zahl der gefälschten Wahlzettel deutlich grösser sein.

Der abgewählte SVP-Staatsrat Oskar Freysinger lag beim zweiten Wahlgang am 19. März 2124 Stimmen hinter dem gewählten FDP-Staatsrat Frédéric Favre zurück. Freysinger nahm gestern nicht an der Sitzung teil, obwohl er noch bis am 30. April im Amt ist.

Die Walliser Staatsanwaltschaft eröffnete eine Untersuchung wegen

Wahlbetrugs. Diese könnte mehrere Monate dauern. Die Regierung jetzt nicht zu vereidigen, sei weder akzeptabel noch vernünftig, appellierte Sidney Kamerzin (CVP) an die Ratskollegen. Mit Ausnahme der SVP folgten sämtliche Fraktionen der Argumentation der Validierungskommission. Die neuen Grossräte und die fünf Mitglieder des Regierungsrates wurden wie geplant vereidigt. Die SVP behielt sich vor, den Entscheid vor Bundesgericht anzufechten. Ihrer Ansicht nach ist zu befürchten, dass die Zahl der Betrugsfälle grösser ist als bisher bekannt. SDA

Streit um Biber

Umweltorganisationen kritisieren Liechtenstein

Vaduz. WWF und Pro Natura verurteilen den Umgang mit frei lebenden Bibern in Liechtenstein. Sie werfen dem Fürstentum vor, die natürliche Ausbreitung des Bibers im Flusssystem des Alpenrheins zu hemmen.

Der Biber sorgt in Liechtenstein seit über zwei Wochen für Schlagzeilen. Zwei aufgestellte Biberfallen hatten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt. Die Fangvorrichtungen waren vom Liechtensteiner Amt für Umwelt platziert worden, um die Biber zu entfernen respektive zu verhindern, dass die Tiere sich im Naturschutzgebiet «Hälos» in Triesen ausbreiten und dort die Hochwasserschutzanlage beschädigen. Biber wurden eingefangen und getötet.

Die Umweltorganisationen WWF St. Gallen und Pro Natura St. Gallen Appenzell protestierten in einer gestern verschickten Mitteilung. Liechtenstein habe in den letzten Jahren zwei Dutzend Biber getötet – das komme «fast schon an eine Massentötung» heran. Zudem wird erwähnt, dass in der Schweiz in den letzten Jahren kein einziger Biber auf Anordnung der Behörden geschossen worden sei.

Behördenangaben zufolge sind in Liechtenstein im laufenden Jahr bislang fünf Biber gefangen und getötet worden. Im Fürstentum leben insgesamt etwa 30 bis 40 Biber. Der Biber ist geschützt, natürliche Feinde hat er nicht. Gefahr droht ihm einzig von den Behörden, wenn sich der Nager in Hochwasserschutzanlagen aufhält und diese destabilisiert. Dann können die an sich durch die Berner Konvention geschützten Tiere getötet werden.

Kritisiert wird vor allem das Fehlen eines Biber-Konzeptes in Liechtenstein. Die Ursache dafür sei, dass sich Ämter, Umweltorganisationen und Fischer nicht einig geworden seien, so Helmut Kindle, Chef des Amtes für Umwelt. SDA